

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Magazin-Beilage für die
einzelnen Teile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
anderen Form bei einma-
liger Einrückung 20 Pf.
bei mehrmaliger, Abzah-
lung nach Tarif. Bei ge-
wöhnlicher u. Konkurs-
fall der Abzahlung

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegraphische An-
schlüsse Nagold
Vollständiger
Stuttgart 5118

Erhöhen an jedem Wera-
tag. Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter und
Büchereien entgegen.
Ausgaben haben weite
Verbreitung und sind bei
den besten Erlöse.
Dieses vierteljährlich hier
mit Teilerlösen M. 2.-,
im Bezirks- und 10-Kilo-
meter-Verkehr M. 3.00,
in anderen Bezirken
M. 3.70.
Kontost.-Abrechnung
nach Verhältnis

Gründet 1826

Freitag den 19. Dezember 1919

Nr. 295

Freitag den 19. Dezember 1919

93. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 17. Dez. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr vormittags. In Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Umsatzsteuergesetzes lehnt namens seiner Fraktion Eichhorn (USP) den Gesetzentwurf grundsätzlich ab, da er die kleinen Leute am schwersten belaste. 1200 Millionen Mark sollen nach Angaben der Regierung aus den rationierten Lebensmitteln herausgewirtschaftet werden. Einer Luxussteuer stehen wir feindselig gegenüber, weil sie nichts bringt, wenn sie nicht alle Bedarfsgegenstände umfaßt.

§ 1 wird in der Ausschussfassung angenommen.
Zu § 2 (Ausnahmen von der Besteuerung) wird ein von Dr. Philipp (DBP) begründeter Antrag Krusftadt abgelehnt, der u. a. einen neuen Absatz zulassen will, der kleineren Unternehmungen die Entnahme von Gegenständen aus dem eigenen Betriebe in geringerer Umfang erlauben will. Diese Bestimmung würde nicht nur die kleinen Handwerker, sondern auch die kleinen Industriellen belasten.

Zu § 3 (Freiung der Länder und Gemeinden von der Steuer) wird ein von Ruffing (D) begründeter Antrag Waldstein angenommen, Reich, Länder und Gemeindeverbände in Bezug auf Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke von der Steuer zu befreien.

Weitere §§ werden in der Ausschussfassung angenommen.
Weglich (DN) begründet einen Antrag Krusftadt, etwa § 7 a einzufügen, wonach Lieferungen über 300.000 Mark jährlich umsatzsteuerpflichtig sind, die bei einem Unternehmen, das aus verschiedenen Betrieben besteht, aus einem dieser Betriebe an den anderen geliefert werden. Umstände unter dieser Summe sollen ausbleiben. Der Antrag wird, nachdem ein Regierungsvertreter die Durchführung für unmöglich erklärt hatte, abgelehnt.

Zu § 31 und 31 a begründet Abg. Kempter (DBP) einen Antrag wegen Herabsetzung der Inzeratensteuer auf 5% und wegen Streichung der Staffeln, sowie einen Eventualantrag auf Herabsetzung der Staffeln.

Ruffing (D) stimmt den Anträgen zu. Eine Reklamesteuer sei ein Inzert in einem Umsatzsteuergesetz, dem die Reklame solle doch den Umsatz fördern.

Sidow (Soj) beantragt zu § 31 a eine andere Fassung, wonach die Ermäßigung der Inzeratensteuer nach der Staffelnung des Ausschusses für die Zeitungen ohne weitere Klausel eintritt.

Dieser Antrag wird angenommen.
Der Rest des Gesetzes wird angenommen.
Damit schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung 3 Uhr nachm. (Reichsnote u. a.)
Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Antrag auf Zurückverweisung des Reichsnoteentwurfs an die Kommission wieder eingebracht werden soll.

Wideröffnung der Sitzung um 3.20 Uhr.
Weiterberatung über das Reichsnoteentwurf.
Es liegt ein Antrag Dr. Beder-Rieser (DBP) vor, den Entwurf an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Schulz-Bromberg (DB) erklärt namens seiner Fraktion, sie erhebe vor der Verabschiedung der Vorlage laut ihre wachsende Stimme und lehne jede Verantwortung für die Folgen des Gesetzes ab. Sie verlange, wie bei der zweiten Lesung, die Umänderung des Notopfers in eine Zwangsanleihe.

Dr. Rieser (DBP) begründet den Antrag Dr. Beder-Rieser: Die Zurückverweisung soll besonders den Zweck haben, auf eine Erklärung der Entente zu dringen, daß das Reichsnoteentwurf nicht von der Entente beschlagnahmt wird. Dem Reichsnoteentwurf steht eine fest geschlossene Bilanz aus Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk entgegen.

Vizepräsident Vöde teilt mit, daß zu dem Antrag Beder-Rieser namentliche Abstimmung beantragt ist.

Waldstein (Demokr.): Unsere Fraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag zu einer starken Sonderbelastung herangezogen werden muß. Eine Minderheit hat erhebliche Bedenken gegen die vorliegende Form des Notopfers. Die Mehrheit meiner Partei lehnt jedoch alle Bedenken zurück.
Burm (US): Wir lehnen den Antrag Beder-Rieser ab. Wir erwarten, daß der Reichsfinanzminister sein Versprechen hält und das Gesetz über die rote Hand bald einbringt. Die Vorschläge Dr. Beder-Rieser würden dem Reich nicht dasselbe einbringen, wie das Reichsnoteentwurf.

Dr. Braun (Soj.): Wir sehen in der Vorlage nicht das notwendigste, was wir erhofft haben; aber wir haben in der Kommission daran arbeiten helfen, um alles für die kleinen Vermögenden zu tun, was möglich war. Ebenso sind wir den Auslandsdeutschen möglichst entgegengetreten.

Minister Erzberger: Die Kommission für die Vorbereitung eines internationalen Steuerrechtes ist bereits an der Arbeit.

Schulz-Bromberg (DB): Wir haben keine Sabotage gegen die Sparprämienanleihe getrieben.

Minister Erzberger: Die von dem Abg. Schulz-Bromberg erwähnten Angriffe des Herrn Dr. Friedberg lassen mich kalt. Das Resultat der Sparprämienanleihe ist außerordentlich befriedigend. 80% aller Zeichnungen sind von kleinen Leuten. Die Großkapitalisten haben allerdings in einer noch nicht aufgeklärten Weise sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland

entzogen. Wenn Dr. Friedberg behauptet hat, ich hätte das Gutachten des Finanzministers abgeändert, ist dies eines alten Weibes würdig. Dies ist vollkommen erfunden. Korrekturen und Änderungen an den Gutachten des Finanzministers sind nicht unternommen worden. Ich weise das mit Entschiedenheit zurück. (Zurufe rechts.) Die preussischen Stimmen sind alle für die Einbringung des Reichsnoteentwurfs gewesen. Nach der 2. Lesung hat der preussische Finanzminister an mich eine Anregung weiter gegeben, das Reichsnoteentwurf müsse in Kriegs-anleihe bezahlt werden. Das habe ich abgelehnt. Gegenüber dem Treiben gewisser Kreise scheint es leichter zu sein, in diesem Hause indirekte Steuern zu verabschieden als dem Kapital zu nahe zu treten. Dieses Treiben überschreitet wirklich alles Erträgliche. Gegen dieses Treiben gibt es nur ein Mittel: die Annahme des Reichsnoteentwurfs. (Starker Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts.)

Dr. Most (DBP) verweist auf die offenbare Uneinigkeit in der demokratischen Partei, deren Führer Dr. Friedberg von Herrn Erzberger abtrübe. (Lärm bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Waldstein (D) und Dr. Most (DBP) wird namentlich abgestimmt über den Antrag Beder u. a. m. betreffend Zurückverweisung an die Kommission.

Der Antrag wird mit 227 gegen 50 Stimmen abgelehnt bei einer Stimmenthaltung.

Die einzelnen Paragraphen werden nach den Beschlüssen der 2. Lesung mit geringen Abänderungen angenommen.

Damit ist das Reichsnoteentwurf erledigt. Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs über die Steuernachfrist.

Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen ebenso in 3. Lesung.

Es folgt der vom Bevölkerungsausschuss beantragte Gesetzentwurf betreffend die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung.

Frau Rich (US): Das Gesetz wird die weiblichen Kellner aus den Lokalen verdrängen, aber nicht die Unsitlichkeit. Die verdrängten weiblichen Kellner aber werden der Prostitution verfallen.

Ruffing (Soj): Der Gesetzentwurf ist im Einverständnis mit der Mehrheit der Parteien entstanden. Der Kampf gegen diese Zustände, mußte aufgenommen werden.
Frau Behm (DN) spricht für den Entwurf, ebenso Frau Dr. Wäders (Demokrat).

Das Gesetz wird mit einem Zusatzantrag der Unabhängigen in allen 3 Lesungen angenommen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Keine Vorlagen, 3. Lesung des Umsatzsteuergesetzes.
Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 17. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtags widmete Präsident Reil dem verstorbenen Abg. Schweißhardt (DB) einen herzlichen Nachruf. Die Genehmigung um Strafverfolgung des Abg. Pflüger (S) wurde entsprechend dem Antrag des Geschäftsausschusses verweigert. Eine längere, zum Teil etwas erregte Debatte entspann sich bei der Besprechung der Anträge des Abg. Körner (DB) betr. die Sperrung der Obst- und Kartoffelausfuhr aus dem Bezirk Weislingen durch die Vereinigten Gewerkschaften und den Bezirksarbeiterrat. Vom Fragesteller wurde verlangt, daß auch die verantwortlichen Persönlichkeiten der Gewerkschaften zur Rechenschaft gezogen werden müßten und daß die Regierung im Interesse ihrer eigenen Autorität eine Polizeiwirtschaft durch Arbeiterräte und Gewerkschaften unter keinen Umständen dulden dürfe. Vom Abg. Warthölzer (S) wurde zugegeben, daß der Arbeiterrat keine Befugnisse in einem gewissen Grade überschritten habe, aber es sei geschehen, um die Regierung im Kampf gegen Preiswucher und Schleichhandel zu unterstützen. Der Redner wendete sich scharf gegen die Tätigkeit des Abg. Körner und dessen Sohn im Lande und warf der Mehrheit vor, daß es Angehörige ihrer Partei seien, die deutsches Brotgetreide ins Ausland verkauften. Abg. Käßler (DB) ermahnte die Bauern auf dem Lande, nicht zu vergessen, daß die Städter auch gelebt haben wollten. Das Vorgehen des Arbeiterrats und der Gewerkschaften wurde auch vom Abg. Voss (S) verurteilt und zugleich die Förderung der Produktionserhöhung durch die Gewährung von Staatszuschüssen zur Beschaffung von Kunstdünger empfohlen. Die Ursache der Vorgänge erblühte der Abg. Hofstra (US) in den Begleiterscheinungen der Kriegspolitik, die von der Mehrheit bis zu den Mehrheitssozialisten getrieben worden sei. Vom Abg. Körner wurde noch auf die hohen Ausgaben der Landwirte, insbesondere die neuerliche Erhöhung der Kalipreise um 45% hingewiesen und die Verschärfung der Verhältnisse in der Obstversorgung mit der Sperrung der Oberämter und dem Eingreifen der Verkehrsbeamten erklärt. Abg. Pflüger (S) und Ernährungsminister Graf treten den Ausführungen des Abg. Körner entgegen, der letztere mit dem Hinweis, daß in den Bezirken, in denen der Abg. Körner tätig gewesen sei, die Kartoffelausfuhr mehr als zu wünschen übrig lasse. Schließlich verhandelte das Haus noch über die Anträge des Staatsrechtlichen Ausschusses, die Rechtsgültigkeit der Verfügungen des Ministeriums des

Innern betr. Bekämpfung der Wohnungsnot und betr. Beschränkung des Aufenthaltsrechts nicht zu beanstanden. Abg. Bazille (DB) beantragte, daß die angelegte Verordnung keine Rechtsgrundlage habe, da die Angelegenheit durch Gesetz zu regeln sei und daß die zweite Verfügung ungültig sei, weil sie gegen die Reichsverfassung und gegen das Freizügigkeitsgesetz verstoße. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und ein Antrag W. B. J. (DB), Voss (S) und Pflüger (S) angenommen, wonach der Ausschussantrag in seinem ersten Teil genehmigt, im zweiten Teil an den Ausschuss zurückverwiesen wird. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Ein neuer Appell zur Freigabe unserer Gefangenen.

Berlin, 17. Dez. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die Reichsoberleitung ehemaliger Kriegsgefangener und der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen haben an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf folgende Rundgebung gerichtet: Das bevorstehende Weihnachtsfest wendet wieder einmal die Herzen der Menschheit dem Schicksal derjenigen zu, die noch in der Gefangenschaft nach Freiheit, Heimat und Familie sich zurücksehnen. Namens der angehörenden Verbände und der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener richten wir an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf die herzlichste Bitte, für die Befreiung derjenigen Gefangenen weiter wirken zu wollen, die noch immer hinter dem Stacheldraht zurückgehalten werden. In seiner Antwortnote vom 15. November 1919 hat sich Deutschland zu neuen schweren Opfern bereit erklärt, um das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrags zu ermöglichen. Dieses weite Entgegenkommen räumt das letzte wirkliche Hindernis aus dem Wege, das nach Auffassung der Entente der Heimkehr noch entgegensteht. Jetzt kann es sich nur noch um Vereinbarungen über Einzelheiten, um letzte Formalitäten handeln, die kein Grund für eine weitere Zurückhaltung der Gefangenen sein können. Wir bitten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das so unendlich viel zur Binderung der Kriegsleiden getan hat, in diesem Augenblick seine Stimme zu erheben, damit unsere Begier jetzt die Gefangenenlager öffnen. Für die Kriegsgefangenen und ihre Familien wäre es die schönste Weihnachtsgabe, wenn ihnen die Hände würde, daß das Ende ihrer Leiden gekommen ist.

Vor der Antwort der Entente.

Paris, 18. Dez. (Havas.) Die gemischte Marinekommission der Wiedergutmachungskommission hielt gestern nachmittags eine Plenarsitzung ab, in der die Erledigung der Angelegenheit von Scapa Flow neuerdings diskutiert wurde. Wie es scheint, haben sich bis jetzt die deutschen Sachverständigen darauf beschränkt, die Gründe darzulegen, wegen welcher den Forderungen der Alliierten nach Kompensationen für die Nichtlieferung eines Teils des verlangten Holzwaterials nicht entsprochen werden könne. In der Sitzung vom Mittwoch sollen die deutschen Fachleute mehr oder weniger definitive Vorschläge bezüglich der Entschädigungen vorgelegt haben, die für hierfür den alliierten Staaten offerieren. Diese Vorschläge werden sofort der britischen Regierung, die an der Angelegenheit hauptsächlich interessiert ist, sowie den anderen alliierten Mächten unterbreitet werden.

Der Demokrat Friedberg gegen Erzbergers außerordentlich bedenkliche Finanzwirtschaft.

Berlin, 17. Dez. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wandte sich Abg. Friedberg gegen Erzberger, dessen Finanzwirtschaft er als außerordentlich bedenklich bezeichnete. Es sei ein Widerspruch, eine Steuer wie das Reichsnoteentwurf gerade in einem Augenblick aufzuerlegen, wo überall im Wirtschaftsleben der Mangel an Betriebskapital so deutlich sei. Das zeige Mangel an wirtschaftlichem Empfinden, wie ihn ein Mann in der verantwortlichen Stellung Erzbergers, nicht aufweisen dürfe. In dem Gutachten des Reichsfinanzministers, auf den Erzberger seine Hoffnung auf ein Desinteressement der Entente gegenüber dem Reichsnoteentwurf setzte, stellte Friedberg unter großer Bewegung des Hauses die Frage, ob dieses Gutachten vom Reichsfinanzminister richtig wiedergegeben worden sei. Nachdem Friedberg auch noch wegen des Ergebnisses der Sparprämienanleihe Angriffe gegen Erzberger gerichtet hatte, nahm der preussische Ministerpräsident Herß das Wort, um festzustellen, daß nach seinen Erkundigungen die Mitglieder des Reichsrates nicht wußten, von den von Friedberg mitgeteilten Tatsachen.

Die Geschäftstoge der Nationalversammlung.

Berlin, 17. Dez. Der Reichstentrat der Nationalversammlung hielt heute Abend eine längere Sitzung über die Geschäftstoge ab und einigte sich schließlich dahin, am 13. Jan. 1920 wieder zusammenzutreten, um den Gesetzentwurf über die Betriebsräte in zweiter und dritter Lesung zu beraten. Man hofft, das Betriebsrätegesetz in drei bis vier Tagen verabschieden zu können. Es ist ferner in Aussicht genom-

men, im Anblich an das Betriebsgesetz die erste Befugnis kleinerer Steuererlasse (Verbesserung der Loten Hand usw.) vorzunehmen. Hierauf wird — auch mit Rücksicht auf den Parteien des Zentrums — eine Pause eintreten, die sich bis in die zweite oder dritte Februarwoche erstrecken soll, jedenfalls so lange, bis der Haushaltsplan 1920/21 vorgelegt ist. Bei dem Zusammentritt des Plenums im Februar wird wahrscheinlich auch die Vorlage über das Reichstagswahlrecht und über die Wahl des Reichspräsidenten vorliegen. Die Ausschüsse, namentlich die Steuerauschnüsse, werden ihre Arbeiten im Anblich an die Januarberatung wieder aufnehmen. Ob morgen Donnerstag Schluß der Plenarverhandlungen sein wird, hängt noch von einer Abstimmung im Plenum ab, ob die Interpellation Heinze betreffend Steuerpolitik noch vor der Reichstagspause zur Beratung gestellt werden soll.

Schiedungen bei der Sparprämienanleihe?

B. B. Berlin, 17. Dez. Durch einen Teil der Presse geht heute die Nachricht, daß bei der Verberichtigung für die Sparprämienanleihe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, daß z. B. zur Erzielung günstiger Verberichtigungen übermäßig hohe, einer Befreiung gleichkommende Sonderhonorare bewilligt und für entsprechende Druckaufträge Leberpreise bewilligt worden seien. Es wird eine eingehende Untersuchung gefordert. Selbstverständlich wird eine solche Untersuchung stattfinden. Schon vor der Veröffentlichung hat namens des Reichsfinanzministeriums der zuständige Untersuchungssekretär den geheimen Regierungsrat Norden beauftragt, eine Prüfung der geschäftlichen Vorgänge bei der Propaganda vorzunehmen, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß gegebenenfalls rücksichtslos zugegriffen werden wird. Das Ergebnis der Untersuchung wird mitgeteilt werden.

Zwischenfälle zwischen China und Japan.

Rotterdam, 17. Dez. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge meldet die „Cinghale Telegraph Company“ aus Tokio, daß China wegen der Zwischenfälle in Futschau sechs Forderungen an Japan gestellt habe, nämlich den japanischen Konsul in Futschau abzuberufen, sich wegen der Ermordung chinesischer Studenten zu entschuldigen, den Angehörigen der Toten und Verwundeten Schadensersatzung zu bezahlen, die Täter zu bestrafen, den japanischen Kaufleuten zu verbieten, Waffen zu tragen und auch den General-Kommissar der Polizei in Futschau zu bestrafen. Da die japanischen Behörden versichern, daß die Schwierigkeiten nur durch die Bogtötterung der japanischen Waren durch die chinesischen Studenten entstanden sind, besteht wenig Aussicht, daß Japan diesen Forderungen zustimmen wird.

300 Millionenforderung im Nachtragsetat.

Berlin, 17. Dez. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde ein Nachtragsetat von 300 Millionen Mark angenommen zum Zweck der Durchführung des Elektrizitätsgesetzes. Ferner wurden außerordentlich die Summen für eine 50-prozentige Erhöhung der Feuerungszulage der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Befolgsordnung bewilligt.

Kurz und formell.

Amsterdam, 17. Dez. Laut Telegraf meldet „Duits Chroniek“, daß die Antwort des Obersten Rates auf die deutsche Note kurz und formell sein wird. Es wird darin ein Zeitpunkt festgelegt, innerhalb dessen die Ratifikation des Friedensvertrages und die Unterzeichnung des Protokolls stattgefunden haben muß.

Deutschlands rechtliche Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand.

Amsterdam, 17. Dez. „Telegraf“ meldet aus London: Churchill teilte im Unterhause mit, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch ausliefern müsse: 5000 Geschütze, 25000 Maschinengewehre, 3000 Laufgrabenminen und 1700 Flugzeuge. Von Eisenbahnmateriale sei noch auszuliefern: 43 Lokomotiven und 460 Waggons. Ein Parlamentsmitglied fragte den Minister, ob er nicht bestimmen könne, daß keine deutschen Spielwaren eingeführt werden dürfen, bevor Deutschland alle Maschinen ausgeliefert habe. Churchill antwortete, er sei der Ansicht, daß die Deutschen sich auf das Außerste bemüht hätten, die schweren Bedingungen, die ihnen auferlegt wurden, auszuführen.

Englische Vorbehalte gegen die militärische Allianz mit Frankreich.

Amsterdam, 17. Dez. Westminster Gazette schreibt mit Bezug auf die in Downing Street abgehaltene Konferenz, in Frankreich werde man über die Aussicht eines neuen militärischen Abkommens zwischen England u. Frankreich erfreut sein. Für England sei diese Aussicht sehr beunruhigend. Eine Rückkehr zu dem System der Geheimverträge bedeutet die Vernichtung aller Voraussetzungen, auf denen der Balfourbund beruhe.

Abbruch der englischen Verhandlungen mit Sowjetrußland.

Bern, 17. Dez. Wie die Pariser Information aus London erzählt, werden die Kopenhagener Verhandlungen zwischen England und Litwinoff zum Austausch der englischen Gefangenen voraussichtlich eine Unterbrechung erleiden. Litwinoff wünscht nach Moskau zurückzukehren, um sich mit Lenin und Trotski zu beraten, weil er lediglich die Soldaten und Interoffiziere, nicht aber die englischen Offiziere ausliefern will. Andererseits besteht er darauf, daß die bisherigen Verhandlungen in allgemeine Friedensverhandlungen umgewandelt werden sollen, was von englischer Seite nicht zugelassen werden könne.

Ein Verfassungskonflikt gegen England?

Amsterdam, 17. Dez. Telegraf bringt eine Meldung der „Witlich Press“ aus Moskau, wonach die 13000 Mann starke englische Garnison in Moskau in Verlehen von den Russen vollständig vernichtet worden ist. Wenn englischen Kriegsdienst ist bisher keine Bestätigung dieser Meldung eingetroffen.

Zuspitzung der sozialen Kämpfe in Spanien.

Paris, 17. Dez. Journal veröffentlicht ein Telegramm aus Madrid von gestern Abend das besagt: Infolge des Streiks der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind die

unteren Bezirke der Stadt ohne Licht. Die Streikenden benutzten die Dunkelheit, um schwere Beschädigungen an den Straßenbahnen anzurichten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Um 9 Uhr kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab. In Barcelona haben die Terroristen Ausschreitungen begangen und dabei nicht einmal die heiligen Orte gespart. So wurde in der Kirche St. Josef während des Gottesdienstes von einem Soldaten unter einer Hand eine Bombe gefunden, deren Zündschnur brannte. Der Soldat konnte sie noch rechtzeitig löschen. Die Aussperrung dehnt sich über ganz Katalonien aus. Der Konflikt nimmt immer schärfere Formen an.

Barcelona, 18. Dez. Die Situation in der Aussperrung hat sich nicht verändert. Durch mehrere Bombenexplosionen wurde geringer Sachschaden verursacht. Zwei Leute der Garde wurden ermordet. Die Umstände dieser Verbrechen sind nicht bekannt. Baron Roland und ein gewisser Fick, beide Leiter der deutschen Spionage während des Krieges, wurden von der Polizei ausgewiesen.

Belgische Reformen.

Brüssel, 17. Dez. Der Ministerpräsident verlas die ministeriellen Erklärungen über die von der Regierung zu verwirklichenden Reformen. Sie beziehen sich auf die Ausarbeitung von Gesetzen durch Beibehaltung des Plébizität, die Lösung der Sprachenfrage, die Reform der Armeegeetze, den Achtstundentag und dessen Ausdehnung im Falle einer nationalen Krise, die Ausübung des Verfallers Betrages, die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland, die Verwirklichung der Beträge von 1839 u. das Festhalten am Bündnis. Alle diese Fragen stehen in den Wünschen der Regierung an erster Stelle, die das Ziel verfolgt, das Plébizität wieder herzustellen, die Ordnung aufrecht zu erhalten u. eine soziale Gerechtigkeit wahren zu lassen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 18. Dez. Das Reichsfinanzministerium hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung der Befoldungsangelegenheiten vorgelegt. Durch dieses Gesetz werden, wie die „Tische, Alla Jta.“ schreibt, alle Beamtenbefoldungsreformen in den Einzelstaaten und den Kommunen bis zum 1. April n. J. unmöglich gemacht. Das genannte Blatt meint, das werde viele Beamte, die auf eine baldige Besserung ihrer Befoldung hoffen, schwer treffen, zumal auch die Bewährung einer Teuerungszulage und dergl. nicht gestattet sein solle.

Berlin, 18. Dez. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Basel berichtet wird, sind nach einer Mailänder Meldung die letzten Mannschaften des Kreuzers „Emden“ von der Insel Malta in Beneid gelandet u. haben ihre Reise nach Deutschland fortgesetzt.

Rotterdam, 18. Dez. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, teilte Lord George im Unterhause mit, daß der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Lord Grey, zu dem Zweck auf Urlaub nach England kommen werde, um über einige wichtige Fragen zu verhandeln.

Saag, 17. Dez. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New-York, daß der frühere amerikanische Vizepräsident in Deutschland, Gerard, eine Kampagne für die Präsidentswürde als unabhängiger Kandidat begonnen habe. Man glaube, daß er verfehlt, von den Demokraten als Kandidat aufgestellt zu werden.

Washington, 17. Dez. Der Senat hat dem Bericht des Ausschusses beider Häuser über den Gesetzentwurf betreffend die Förderung des Ausfuhrhandels und die Bildung von Korporationen zur Erteilung von Krediten an Europa angenommen. Präsident Wilson wird dazu Stellung nehmen. Der Ausschuh des Repräsentantenhauses für Einwanderungsfragen hat über den Gesetzentwurf Bericht erstattet, in dem das Arbeitsamt erwähnt wird, alle ausländischen Mitglieder von großen Organisationen in den Vereinigten Staaten verhaften und ausweisen zu lassen.

London, 16. Dez. „Daily Telegraph“ vernimmt, daß 23 Infanteriedetachments den Befehl erhalten haben, sich zur Ausreise nach dem Ausland bereit zu halten. Davon sollen 5 nach Kopenhagen, 7 nach dem Rheinland und 2 nach den Abstinungsgebieten kommen. Der Abtransport wird wahrscheinlich im Januar beginnen.

London, 16. Dez. Churchill erklärte im Unterhause in Beantwortung einer Anfrage betr. die Zahl der alliierten Truppen, die sich noch in Rußland befinden, er könne ohne Zustimmung der Alliierten keine diesbezüglichen Angaben machen. Die japanische Truppenmacht sei beträchtlich und nehme abnehmend zu.

Kopenhagen, 16. Dez. Die dänische Schiffsahrtsoververeinigung hat die dänische Regierung in einem Schreiben erlucht, die Entente-mächte zu veranlassen, nach Einverleibung von Schleswig an Dänemark den Teil der deutschen Flotte für Dänemark freizumachen, der in den an Dänemark fallenden Häfen beheimatet ist.

Saag, 17. Dez. Dem „Nieuwe Courant“ wird drathlos aus Moskau gemeldet, daß die Bolschewisten nach bestiegenen Kämpfen mit den Truppen Denikins Now eingekommen haben. Die Weißen Truppen sind auf der Flucht.

Vermischtes.

— **Ueber die Explosionskatastrophe in Mariensiel** wird der B. J. am Mittag berichtet, daß die gesamte Munitionsmenge des Munitionsdepots in die Luft ging. Es wurde ungeheurer Schaden angerichtet. Bisher sind 20 Tote und etwa 60 Vermundete festgestellt. Der Eisenbahnverkehr zwischen Wilhelmshaven und der benachbarten Ortschaft Sande mußte eingestellt werden. Auch die Telegraphen- und Fernspreitleitungen in der Umgebung wurden größtenteils vernichtet. In Mariensiel selber ist kein Haus unbeschädigt. Die Brücke über den Ems-Hobe-Kanal ist infolge der Beschädigung nicht benutzungs-fähig.

— **Der Schleichhandel und die Eisenbahn.** Der Schleichhandel auf der Eisenbahn blüht immer noch. Durch die Kontrollbesuchen des badischen Landespreiskamts wurden seit 25. November auf dem Eisenbahngebiet wieder insgesamt 52 Wagen beschlagnahmt. Darunter befanden sich 10 Wagen mit Holz, 5 mit Tabak, 9 mit Obst, 8 mit Rüben, 4 mit Mehl, 2 mit Steinkohlenteeröl und je 1 Wagen mit Maisfuttermehl.

mit kondensierter Milch, mit Brautwein, mit Gerste, mit Olivenöl; ferner wurden 2 Wagen mit 12 Pferden beschlagnahmt. Nach einer Veröffentlichung im Preeresverordnungsblatt sind 44 mit Lebensmitteln beladene Eisenbahnwagen, die teils vom Proviantamt Rastatt abgefannt, teils an das Proviantamt gesandt worden waren, unterwegs spurlos verschwunden und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 19. Dezember 1919.

* **Vom Rathaus.** (Schluß des Gemeinderatsberichts.) Von den Kriegswitwen unserer Stadt ist ein Dankschreiben für die gewährten Unterstützungen eingegangen. — Für die Verteilung des aus der gemeinderätlichen Stiftung von 20000 Mark zur Verfügung stehenden Jahresertrages wird eine Kommission bestehend aus zwei Herren vom Gemeinderat und drei Vertretern der Kriegswitwenvereine und des Arbeiter- und Militärvereins gebildet. — Die Drucklegung eines Bücherverzeichnis der hiesigen Volksbibliothek fand Genehmigung. Dabei wurde die erfreuliche Tatsache einer regen Inanspruchnahme der Volksbibliothek mit Genugtuung konstatiert. — Für die Vollzugskommission der Feldbereinigung auf dem Esberg schlägt der G. R. der Zentralstelle vor: als Vorsitzenden Hrn. Schultheiß Hahn-Effingens, als Vertrauensmann Hrn. G. R. Käufer, als Stellvertreter Hrn. G. R. Bauer. — Aus früheren Sitzungen ist mitzuteilen: Die städtischen Baukostenzuschüsse teils der Stadt wurden bewilligt für Verfüchter Aug. Behr und Baumverwalter Kaupp, welche letzterer größer als ursprünglich geplant, bauen will. — In Baukostenzuschüssen soll von jetzt ab grundsätzlich das Bauholz zu angemessenem Preis vom Stadtwald angewiesen werden, falls der Staat nicht in erster Linie eintritt. — Zur Bezahlung des Brennholzes sollen an arbeits-unfähige Einwohner folgende Zuschüsse gewährt werden: ganz Arme 15 M., dringend Bedürftige 10 M. und Bedürftige 5 M. pro Raumzener. — Das Ministerium des Innern, Abt. für Straßen- und Wasserbau, hat nunmehr den auf Beschluß vom 17. Oktober 1916 beantragten Entwurf über die Ragold- und Waldach-Verbesserung ausgearbeitet. Im Anblich an eine Befestigung des in Betracht kommenden Geländes erläuterte Herr Oberbaurat Augenhan im Gemeinderat den Entwurf in eingehender Weise. Der Entwurf besteht in der Befestigung der hauptsächlichsten Abflusshindernisse in Verbindung mit entsprechenden Sohlenvertiefung, sowie Erweiterung der Flußquerschnitte, Befestigung der jetzigen scharfen Flußbettkrümmungen sowie der Anlage von Hochwasserdämmen und Schaffung einer Wassertrast. Eine Verbesserung der Waldach allein, ohne gleichzeitige Absehung der Ragoldhochwasser bringt keine wesentlichen Vorteile und scheidet daher von vornherein aus. Die Gesamtkosten belaufen sich nach den Preisen von 1914 auf 385 000 Mark, und vom Juli 1919 auf 1 560 000 Mark. Zu den reinen Baukosten leistet der Staat einen Zuschuß von 33 1/2%. Der Gemeinderat erkannte den Entwurf als geeignete Grundlage für die Ausführung des Unternehmens an. Angesichts der heutigen durchaus ungelassenen und unsicheren Verhältnisse muß das Unternehmen bei den gewaltigen Kosten jedoch bis auf weiteres verschoben werden. Wegen Befestigung der vom Staate abgelassenen Unterbrücke bei der G. R. nicht einzuwenden, übernimmt aber selbstverständlich keine Verantwortung für Güte und Sicherheit der Brücke.

* **Die Errichtung eines Kriegerehrenmales.** Im großen Rathssaale hatten sich gestern Abend auf Einladung des Stadtschultheißenamtes die Mitglieder des Gemeinderats, des Bürgervereins sowie eine Anzahl sonstiger interessierter Herren zu einer ländernden Besprechung über die Frage der Errichtung eines Kriegerehrenmales eingefunden. Der treue Sohn unserer Stadt, Herr Professor Schäfer, hatte es übernommen in einem Vortrag den Verammelten vor Augen zu führen, in welcher verschiedenartigen Weise das Vorhaben ausgeführt werden könne. Der Herr Professor hatte zu diesem Zweck eine ganze Anzahl Skizzen und Entwürfe ausgearbeitet, die seine Gedanken treffend veranschaulichten und als richtunggebend angesprochen werden mußten. Wir werden den Teil des Vortrags mit seinen vielseitigen Vorschlägen und Erwägungen in der Montag-Nummer veröffentlichen, um ihn so der ganzen Einwohnerschaft zugänglich zu machen, die dann nach einer Befestigung der im großen Rathssaale auszustellenden Entwürfe ihre Meinung über die Art der Ausführung des Projektes lassen und zum Ausdruck bringen soll. An den interessanten Vortrag von Herrn Professor Schäfer schloß sich eine rege Aussprache an, in der der allgemeine Wille lebhaft zum Ausdruck kam, etwas würdevolles zu schaffen, unseren draußen gefallenen Kriegern zur dauernden Ehre, den Hinterbliebenen eine heilige Stätte der Andacht und der Sammlung und den übrigen Zeitgenossen wie der Nachwelt ein einbeleglicher Mahner an die Größe der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit und der mit ihr verbundenen schweren Opfer der jetzigen Generation. Es wurden insbesondere die Entwurfs eingehend erörtert, die eine Ausgestaltung der Friedhofkapelle oder des Soldatenfriedhofs zu einem Ehrenmale vorzögen. Nach einer erschöpfenden Aussprache, in der vielerlei Gesichtspunkte zu der Frage in Erwägung gezogen wurden, konnte der Vorsitzende, Herr Stadtschultheiß Müller, feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Verammlung eine städtische Lösung in der Ausgestaltung der oberen Kirche nach den von Herrn Professor Schäfer gemachten Vorschlägen sah. Im übrigen war man einhellig der Ansicht, daß außer diesem Kriegerehrenmal ein allgemeines Gedenkmalszeichen inmitten der Stadt und zwar am alten Marktplatz durch Anbringung einer Tafel mit entsprechender Aufschrift erstellt werden sollte. Die Verammlung war natürlich in keiner Weise beschließend, sondern sie sollte nur informativ für unsere Stadtverwaltung und während hinsichtlich der Wünsche unter der Einwohnerschaft wirken. Das hat sie in gewissen Grenzen getan und wir hoffen, daß nach der Veröffentlichung des Vortrags von Herrn Prof. Schäfer sich auch die weitere Öffentlichkeit auf Grund der ausgearbeiteten Skizzen rasch entscheiden wird, damit die jetzt in Fluß gekommene Angelegenheit zu einem Ende geführt wird, das der Toten wie der Lebenden würdig ist.

* **Die Preisgestaltung für elektrischen Strom.** Wie im gestrigen Bericht über die Gemeinderatsitzung bereits kurz mitgeteilt, tritt am 1. Jan. eine Neugestaltung des

Strompreis
strom ein
(Rohleite
nicht ein
Penny
Penny
wird die
an den
Kaufel hat
einen Roh
frei Statio
preis, so
war bei
Andert sich
Demnach
preis u
Rohleite
Steig
Rohleite
kostet dann
Sink
so beträgt
und der V
40,5 Big.
* Ja
preiserhö
Volksge
Die
Artikel, is
begn die
Warum d
einen Ent
eine Entsch
lichten An
doch jeder
Genuss- u
um ein S
men, dah
tungsdrück
erhalten,
Böhne arb
personale
amt ausge
auch die
der ihnen
beitern u
Fortbesteh
allgemein
Betrag vo
beredigt
bietet. W
gibt man
aus für J
Zeltung,
durch Inge
einem dem
jedermann
sein, daß
* Wi
Zannenbo
christliche
Stadt der
als der J
erste des
nen. Son
nicht meh
vordern
feste leht,
stirten G
kommenwe
Tag abm
Er stirbt
dem Gott
die ander
auf, und
nacht auf
dies Reg
wende na
tans und
Herrlich
dem Was
ist getom
Orden. D
natürliche
und Hüb
stirliche P
den. Wo
weisen,
des Rom
der Heide
stellung i
Heidengöt
er folgt
in dem e
christliche
Feste bed
des inner
ten sie ni
allmählich
und Bed
fast unbe
mit dem
entstand
nischen W
* Di
Bevölkerr
Zulassung
Mehrer
Widerun
ohne daß



Strompreis in Kraft. Von diesem Tage ab gilt für Lichtstrom ein Grundpreis von 60 Pfennig + Kohlenkauf (Kohlenenergiezuschlag) d. i. nach dem G.-R.-Beschluss zunächst einmal 15 Pf., jedoch der Schlusspreis für Licht 75 Pfennig beträgt. Für Kraftstrom ist der Grundpreis 30 Pfennig + Kohlenkauf, auf Grund dieser Kohlenkauf wird die Preisregulierung künftig automatisch erfolgen, wie an den nachstehenden Beispielen gezeigt ist. Die Kohlenkauf hat folgenden Wortlaut: Der Grundpreis gilt für einen Kohlenpreis von Mk. 300.— für 10 Tonnen Fett-Ruß-1 frei Station Nagold. Erhöht oder ermäßigt sich der Kohlenpreis, so erhöht oder ermäßigt sich auch der Strompreis und zwar bei jeder Mark für 10 Tonnen Kohlenpreisänderung ändert sich der Strompreis um 0,015 Pf. für die KWSt. Demnach berechnet sich der Strompreis bei einem Kohlenpreis von Mk. 1400.— für 10 Tonnen frei hier wie folgt:

Grundpreis für Licht	60 Pf.
Kohlenenergiezuschlag $1100 \times 0,015$ Pf.	16,5 Pf.
sonst	76,5 Pf.
für Kraftstrom Grundpreis	30 Pf.
Kohlenzuschlag	16,5 Pf.
sonst	46,5 Pf.

Steigt der Kohlenpreis auf Mk. 1600.— so beträgt der Kohlenzuschlag $1300 \times 0,015 = 19,5$ Pf., der Lichtstrom kostet dann 79,5 Pf., der Kraftstrom 49,5 Pf.
Sinkt der Kohlenpreis auf Mk. 1100.— für 10 Tonnen, so beträgt der Kohlenzuschlag $700 \times 0,015$ Pf. = 10,5 Pf., und der Lichtpreis beträgt dann 70,5 Pf., der Kraftpreis 40,5 Pf.

• Ist die Zeitung teuer? Zu dem Artikel „Bezugspreisänderung“ in letzter Nummer schreibt der „Hohenzollern“ ein Leser:

Sie bringen in Ihrer gestrigen Nummer wieder einen Artikel, in dem Sie die gegenwärtigen Abonnementspreise bezugnehmend auf die Erhöhung derselben seit Kriegsausbruch rechtfertigen. Warum das? Wo und wann lesen Sie denn in irgend einem Blatte, daß eine andere Berufsgruppe gewissermaßen eine Entschuldigung bringt, weil die Preise für die gebrauchlichsten Artikel in die Höhe gehen? Nirgends! Es spricht doch jedermann an seinem eigenen Geldbeutel, daß alle Genuß- und Lebensmittel wie Bedarfsartikel gegen früher um ein Vielfaches gestiegen sind; deshalb ist doch anzunehmen, daß Niemand so töricht ist, zu glauben, daß die Zeitungsbetriebe ihre Rohmaterialien noch zum Friedenspreise erhalten, oder ihre Arbeiter und Angestellten für die früheren Löhne arbeiten. Man konnte ja auch lesen, daß dem Scherzpersonale ab 1. Januar neue Vohnerhöhungen vom Tarifamt zugesprochen werden. Weil das alles zutrifft, können auch die Zeitungen nicht zu einem Preis geliefert werden, der ihnen die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber den Arbeitern und die Beschaffung von Rohmaterial und somit ihre Fortbestehen unmöglich machen würde. Man hat sich heute allgemein an Preise gewöhnen müssen, neben denen ein Beitrag von täglich 6 Pfennig für eine Zeitung schon noch berechtigt ist, zumal wenn ein Blatt auch tatsächlich etwas bietet. Man braucht doch auch keine geistige Kost; wie oft gibt man ohne Bedenken 50 Pfennig und 1 Mark und mehr aus für Zwecke, die einem sicherlich nicht mehr sind, als seine Zeitung. Das merkt man am meisten dann, wenn einmal durch irgend einen Umstand die Zeitung ausbleibt; da fehlt einem den ganzen Tag etwas. Ich glaube, das sieht heute jedermann ein, und deshalb wird es auch nicht weiter nötig sein, daß Sie weitere Entschuldigungsartikel bringen.

• Winterförmigkeit. Der Gebrauch des erleuchteten Lannenbaums ist uralte germanische Sitte. Das heutige christliche Weihnachtsfest bedeutet nichts anderes als die Wiederkunft der alten Germanen: Winternacht, Winterförmigkeit, als des Jahres Mutter und Anfang. Woe-Nacht hieß die erste der zwölf Jul-Nächte, der höchsten Festzeit der Germanen. Von den zahlreichsten, auf ihren religiösen Kern teilweise nicht mehr zu entziffernden Festzeiten unserer kranken Altvordern stehen zwei bis auf unsere Tage überbrachte Hauptfeste fest, denn ihre Feier hängt mit Erscheinungen des gestirnten Himmels zusammen: Die Winter- u. die Sommerförmigkeit. Mit dem Sommerförmigkeitstag, mit dem der Tag abnimmt, verliert der Lichtgott Baldur seine Herrschaft. Er stirbt durch den finsternen Ödub, seinem blinden Bruder, dem Gott der Finsternis, dem von nun an die Gewalt über die andere Jahreshälfte zufällt. Baldurs Holzstoch kommt auf, und heute noch glücken die alljährlich in der Johannisnacht auf den Bergen entzündeten Johannisfeuer. Doch Hödurs Regiment nimmt wieder ein Ende. Die Winterförmigkeit naht, und mit ihr gewinnt Baldur, der Sohn Wotans und Friggas, der reine, heilige Gott des Lichts, die Herrschaft zurück. Der Tag nimmt zu, u. Freude kehrt mit dem Wachsen des Lichts wieder ein auf Erden. Wene-Nacht ist gekommen; die Götter wandeln in solch heiliger Zeit auf Erden. Der Baldurmythos hat bei den Germanen neben der natürlichen Bedeutung einen tiefen sittlichen Sinn. Baldur und Hödub sind die göttlichen Gestalten. Mit denen das stilkliche Licht und die stilkliche Finsternis verknüpft werden. Baldur, der Gute, muß dem Siege Hödurs, des Bösen, weichen, und das Böse siegt am Ende ganz in dieser Welt des Kampfes, in der Welt Wotans, Donars, Fros, d. h. der Helden der Gewalt. Darum muß auch nach der Vorstellung der alten Germanen diese ganze Welt samt jenen Heiligengöttern untergehen — die Götterdämmerung erscheint. Ihr folgt das Baldurreich, ein Reich des Lichts, der Tugend, in dem ewig der wiedererstandene Baldur herrscht. Für die christlichen Bekehrer der alten Deutschen boten deren heidnische Feste bedeutungsvolle Parallelen, und in richtiger Erkenntnis des ihnen damit gewissermaßen vorgezeichneten Weges traten sie nicht plötzlich mit völligen Neuerungen hervor. Nur allmählich schmolzen sie die heidnischen Feste, deren Andenken und Bedeutung sich im Volksbewußtsein und Volkserständnis festgewurzelt hatten, in die christliche Form um, diese fast unbemerkt, unter Schonung des Alten und Gewohnten, mit dem höheren Gehalt der christlichen Lehre erfüllend. So entstand aus der Winterförmigkeitstag, der altgermanischen Woe-Nacht, das deutsche christliche Weihnachtsfest.

• Die Mehlerförmigkeit. In weiten Kreisen unserer Bevölkerung werden immer wieder lebhaftere Wünsche nach Zulassung weiterer Erleichterungen auf dem Gebiete unserer Mehlerförmigkeit, insbesondere nach Erhöhung der Mehlerförmigkeit, Milderung der Backwarenverordnung und dergl. geäußert, ohne daß bedacht wird, daß wir unter den heutigen Ver-

hältnissen im wesentlichen auf die Inlandexport angewiesen sind und also mit den zur Ablieferung gelangenden inländischen Getreidevorräten rechnen müssen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, den Bedarf des Reichs und speziell Württembergs für das laufende Wirtschaftsjahr dem geschätzten Ernteertrag gegenüber zu stellen. Der Bedarf des Reichs an Brotgetreide für die Zeit bis zum 15. August 1920 berechnet sich auf 9918000 Tonnen. D diesem Bedarf sieht nach der amtlichen Ernteschätzung, deren Ergebnis allerdings hinter dem tatsächlichen Ernteausfall zurückbleiben dürfte, ein Ernteertrag von 7549000 Tonnen gegenüber. Für Württemberg berechnet sich der Bedarf bis 15. August 1920 auf 359135 Tonnen. D diesem Bedarf steht nach der nachgeprüften Ernteschätzung ein Ernteertrag von 191200 Tonnen gegenüber. Sowohl im Reich, als auch besonders in Württemberg ist also ein sehr erheblicher Teil des Bedarfs ungedeckt. Die Rechnung wird noch ungünstlicher, wenn man berücksichtigt, daß nach den bisherigen Erfahrungen der geschätzte Ernteertrag tatsächlich nicht in vollem Umfang erfaßt wird und daß bei der württ. Bedarfsberechnung die brotgetreidehaltigen Nahrungsmittel (Grieß, Feigwaren, Zwieback und dergl.) außer Rechnung geblieben sind. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie lassen keinen Zweifel darüber, daß jedenfalls eine Erhöhung der Mehlerförmigkeit nicht in Betracht kommen kann.

• Pferdeverhäufte und Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Das Abwicklungsamt Württemberg hat auf Antrag des Ernährungsministeriums bestimmt, daß künftig bei Besuchen um künstliche Heberstellung von überzähligen Militärpferden gegen den Schätzungswert der Nachweis zu erbringen ist, daß die betreffenden Geschäftsführer ihren etwaigen Ablieferungsverpflichtungen in Brotgetreide, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Milch, Butter und Vieh nachgekommen sind. Die erforderlichen Bescheinigungen sind von dem zuständigen Oberamt auszustellen.

• Oberschwandorf, 17. Dez. Bei der am Sonntag, den 14. Dez. stattgefundenen Kirchengemeinderatswahl haben von 218 Wahlberechtigten 108 abgestimmt, also annähernd 50%. Das ist ein schönes Ergebnis für unsere Gemeinde. Gewählt wurden die bisherigen Mitglieder. Es erhielten: Gottlieb Broß, Redner 82, Jonathan Broß, Kreugmacher 74, Bernhard Broßmann, Schuhmacher 63, Gottlieb Broß, Jungmader 42 Stimmen.

Aus dem übrigen Württemberg.

• Stuttgart, 17. Dez. Die Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei Württembergs findet, wie in früheren Jahren am 6. Januar (Erntedankfest) in Stuttgart statt. Es werden auch der erste Vorsitzende der Partei, Dr. Peterlen-Humburg, der badische Staatsrat Abg. Dr. Haas und der bairische Landesvorsitzende der Partei, Abg. Dr. Hofmann-Milchingen sprechen. Von den württ. Ministern wird sich Dr. Hieber und Viehsing mit einem Referat beteiligen.

• Stuttgart, 17. Dez. Eine große politische Debatte soll in der morgigen Sitzung des Landtags gelegentlich der Beratung der Anfrage Basille betr. die alsbaldige Wahl des Reichspräsidenten erfolgen. Die Schwab. Tagwacht bemerkt dazu: Ob die Mehrheitsparteien sich im Augenblick auf eine praktisch nutzlose Debatte großen Stils einlassen werden, steht noch dahin.

• Stuttgart, 16. Dez. Eine medizinisch-technische Messe wird im April 1920 im Stuttgarter Handelshof gehalten werden. Während der Dauer der Messe werden von Autoritäten der medizinischen Technik Vorträge gehalten.

• Stuttgart, 17. Dez. In der vor einiger Zeit durch die württ. Presse gegangenen Nachricht, daß das Reichspostministerium die Einrichtung von Personen-Automobilposten auch für Württemberg beabsichtige, die das bestehende Eisenbahnetz ergänzen und mit bis zu 18 Sitzgeplätzen ausgestatteten Kraftwagen befahren werden sollen, wird vom Reichspostministerium mitgeteilt, daß die Ausführung sich vorläufig nicht ermöglichen lasse, weil der herrschende Brennstoffmangel dem entgegenstehe. Auch seien wegen der bestehenden Arbeitsverhältnisse die Fabriken mit der Herstellung der Personenkraftwagen noch in weitem Umfang im Rückstand.

• P. Murgtal, 17. Dez. Der Kraftwagenverkehr Klosterreichenbach-Remmingsbach soll, wie nach dem „Grenzler“ verlautet, im kommenden Frühjahr wegen Unrentabilität des Betriebs wieder eingestellt werden.

• Cannstatt, 16. Dez. Im nahen Hofen wurde in der Nacht zum Samstag der Chauffeur Josef Allgaier von Stuttgart ermordet unterhalb des Ortes im Redar aufgehoben. Die Feststellungen des Landeshauptkommissars haben ergeben, daß der Ermordete durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzt wurde. Der Tod trat durch Ertrinken ein. Als Täter wurde der Chauffeur Wilhelm Koch aus Stuttgart festgenommen, der dem Ermordeten 14000 Mk. Bargeld abnahm. Er hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

• Cannstatt, 17. Dez. Wie schon berichtet, hat der Kraftfahrer Wilhelm Koch in Cannstatt den in Stuttgart wohnhaften Kraftfahrer Josef Allgaier, den er im Felde kennen lernte, in Hofen durch einen Schuß schwer verletzt und ihn dann in den Redar geworfen, um ihm seine Barchaft von 14000 Mk. abzunehmen. Koch hatte den Ermordeten kürzlich wieder in Stuttgart getroffen und erfahren, daß dieser größere Geldmittel in seinem Besitz habe. Deshalb sagte er den Plan, den Allgaier umzubringen. Er schwindelte ihm vor, in Hofen sei ein Mann, der neue Autobereitungen für Bar abgebe. Es gelang ihm dadurch, den Allgaier am Freitag abend nach Hofen zu locken. Einige hundert Meter vor der Schenkung brachte er ihm hinterhältig einen Schuß bei, der jedoch nur die Bewusstlosigkeit des Angegriffenen herbeiführte. Dierauf schloß er sein Opfer etwa 150 Meter weit an den Redar und stieß es in den Fluß. Die geraubte Summe von 14000 Mk. ist beigebracht. Der Täter hat alles gestanden.

Dieser Raubmord ist der fünfte Fall, dessen Aufklärung in den beiden letzten Monaten dem Landeshauptkommissar gelungen ist.

• Vom Lande, 17. Dez. Bekanntlich ist für Waren, die im Ausland abgesetzt werden, 100 Prozent Aufschlag zu leisten. Dies machen sich schlaue Handelsleute zunutze, indem sie die Erfrachten bereifen und vornehmlich Weider, Uhren usw. in jeder Anzahl aufkaufen. Da sie diese Gegenstände mit 100 Prozent Gewinn nach der Schweiz und Holland usw. weiterverkaufen können, machen sie einerseits ein recht gutes Geschäft, schädigen aber andererseits uns selbst in ganz erheblicher Weise, da durch den Massenexport bei uns ein Mangel und damit eine neue Verteuerung dieser Dinge bis zum Rohmaterial herab eintritt. Also Achtung!

• Tübingen, 17. Dez. Der Abg. Schweighardt wurde unter großer Beteiligung der Einwohnerschaft hier beerdigt. Die Fraktionskollegen und Parteifreunde, besonders aus dem 7. Wahlkreis waren zahlreich erschienen. Auch waren vertreten die Zentrumsfraktion und die sozialdemokratische Fraktion. Stadtschultheiß Hauser legte für die Stadt Tübingen, Präsident Reil für den Landtag, Abg. Scheel für die demokratische Partei, Abg. Staudemayer für die Parteifreunde des 7. Wahlkreises, Krünze nieder.

• Horb, 17. Dez. In der Nacht zum Mittwoch brannte das Haus der 75 Jahre alten Elisabeth Higi ab. Sie konnte mit ihren Angehörigen nur das nackte Leben retten. Als Entstehungsursache wird Kurzschluss genannt. Die Geschädigte ist nicht versichert.

• Von der Bayerischen Grenze, 17. Dez. Zum dreifachen Mord in Bietzenhausen bei Dinkelscherzell erzählt man noch folgendes: Kaufmann Schornagel war früher Geschäftsfreier, der gerne auf großen Füße lebte. Seine Frau, eine trübere Verkäuferin von Augsburg, war nicht recht in das stille Dorf. In der Ehe gab es besonders in letzter Zeit viele Eifersüchtigkeiten u. es kam oft zu häuslichen Szenen. Die drei Kinder von 8 und 10 Jahren und 14 Tagen entgingen dem Blutbad. Schornagel scheint durch den Unfall, daß seine Frau die Eifersucht betrieb, zur Tat veranlaßt worden zu sein. Er erschlug zuerst die im Wohnzimmer mit Stricken beschäftigte Schwester seiner Frau, Julie Kunz. Seine Frau, die dem Gatten nichts Gutes entnahm, rief zum Fenster hinaus um Hilfe. Es gab aber darauf niemand etwas, da man derartiges gewöhnt war. Bald darauf war auch die Frau, nur mit dem Hemd bekleidet, eine Leiche. Das Dienstmädchen, das im Frühjahr Hochzeit machen wollte, kam bald darauf heim. Schornagel wollte sie fort haben, als sie aber nicht ging, erschlug er auch sie. Die ganze Nacht blieb er im Hause und schlief im Bett neben der toten Frau. Morgens fuhr er fort, wurde aber im Ulmer Zug verhaftet. Die Tat wurde durch den 8-jährigen Knaben bekannt, der durchs Fenster gestiegen war, eine Tante aufsuchte und ihr erzählte, daß bei ihm daheim „alles tot sei“. Der Mörder gab an, daß er die Tat schon vor zwei Jahren plante. Wäre er nicht ergriffen worden, so hätte er sich am Grabe seiner Eltern in seiner Heimat erschossen.

Familiennachrichten.

• Auswärtige.
Bestorben: Katharina Koch, Tullingen; Eva Krauth geb. Maulbeich, 81 Jahre, Altmühle.

Briefkasten.

„Mehrere“ Rohrdorfer. Solche Familiensachen gehören nicht in die Zeitung. Anonyme Einblendungen werden zudem von vornherein in den Papierkorb geworfen. Hebrigen scheinen uns diese „mehrere“ Rohrdorfer stark in der Einzähl zu stehen. Das ringsumher Weid wollen Sie bis längstens Dienstag, 23. Dez. in der Schriftleitung abholen.

• Matmäßliches Wetter am Samstag und Sonntag.
Vorwiegend trocken, mäßig kalt.

Letzte Nachrichten.

Selbstverwaltungsrecht der Rheinpfalz.

München, 18. Dez. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags wurde nach eingehender Aussprache das Selbstverwaltungsrecht für die Rheinpfalz ohne besondere Änderungen angenommen.

Veröffentlichung der Kriegsdokumente in Frankreich?

Basel, 18. Dez. Die „Information“ meldet aus Paris: Die französischen Sgndikalistin haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, worin die Veröffentlichung der französischen Dokumente über den Kriegsausbruch gefordert wird. Eine endgültige Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrag ist noch nicht erfolgt. (Sie wird sich hören!)

Drei Munitionsschiffe in die Luft geflogen.

Berlin, 19. Dez. Dem Lot.-Anz. zufolge sind drei in der Thememündung ankernde Munitionsschiffe in die Luft geflogen. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten verlautet noch nichts Näheres.

Ein zweifelhafter „Segen“ aus Amerika.

Berlin, 19. Dez. Da das oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten das Alkoholverbot nicht aufgehoben hat, wird, wie dem Berl. Tgbl. aus dem Haag gedrahlet wird, der ganze Biskaytorat in Höhe von 60 Millionen Gallonen von Amerika nach Europa gesandt werden. (Wir verzichten!)

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 19. Dez. „Independence Belge“ meldet, daß im Kohlenbeken von Charleroi und in der Provinz der Steerk der Bergleute an Ausdehnung der Streik und die belgische Industrie gefährdet.

Einschränkung der Kohlenlieferungen an Elektr. Werke.

Berlin, 19. Dez. Das rhein.-westl. Kohlengebiet soll sich lt. Berl. Lot.-Anz. außer Stande erklärt haben, die Elektrizitätswerke in der bisherigen Weise zu beliefern u. zwar mit Rücksicht auf die großen Ansprüche, die an das Kohlengebiet bzgl. der Kohlenlieferungen an die Unterte gestellt werden.

Frieden im Januar?

Amsterdam, 19. Dez. Die „Rotterdampost“ meldet, daß es jetzt so gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles

Bestellungen
auf das Amtsblatt
„Der Gesellschafter“
werden von allen Postämtern,
Postagenturen und Postboten
entgegengenommen.

